

STELLUNGNAHME

zu den Auswirkungen des Krieges im Iran sowie den Spannungen im Nahen Osten

Folgen für die Energieversorgung deutscher Lebensmittel- und Getränkeproduzenten sowie die globale Lebensmittellogistik

Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e. V.
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon +49 30 200786-157
koelsch@ernaehrungsindustrie.de
www.ernaehrungsindustrie.de

Berlin, 25. März 2026

Die deutsche Ernährungsindustrie ist mit einem jährlichen Umsatz von rund 242 Mrd. Euro der drittgrößte Industriezweig Deutschlands. Rund 660.000 Beschäftigte in 6.100 Betrieben versorgen die Verbraucher mit hochwertigen und sicheren Lebensmitteln. Mit Importen von Agrarrohstoffen im Wert von 40 Mrd. Euro und Exporten von verarbeiteten Lebensmitteln und Getränken im Wert von 84 Mrd. Euro ist die Branche eng in den internationalen Handel eingebunden.

Bereits seit 2019 steigen die Produktionskosten in der deutschen Ernährungsindustrie z.T. überproportional an. Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg in der Ukraine, zunehmende geopolitische Konflikte, Nationalisierungstendenzen in Liefer- und Abnehmermärkten, steigende Auswirkungen klimatischer Veränderungen sowie nunmehr der Krieg im Iran und die damit verbundenen zunehmenden geopolitischen Spannungen im Nahen Osten, stellen eine zunehmende Belastung für die deutschen Lebensmittel- und Getränkehersteller dar.

Für eine nachhaltige, sichere und preislich erschwingliche Lebensmittelversorgung sind wettbewerbsfähige Energiepreise, stabile Lieferketten, maßvolle Logistikkosten und funktionierende Handelsbeziehungen zentrale Voraussetzungen. Ohne wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen drohen infolge gestiegener Kosten Investitionsrückgänge und eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ernährungsindustrie.

Auswirkungen auf die deutsche Ernährungsindustrie

Die Spannungen im Nahen Osten betreffen zentrale maritime und logistische Knotenpunkte des Welthandels. Insbesondere die Sperrung der Straße von Hormus, Unsicherheiten in den umliegenden Seewegen sowie geopolitische Spannungen in der gesamten Region, wirken sich unmittelbar auf internationale Transporte und Energiepreise aus. Die Auswirkungen auf die deutsche Ernährungsindustrie sind aktuell auf drei Ebenen feststellbar:

1. Steigende Energie- und Betriebsmittelkosten

Die Straße von Hormus ist einer der wichtigsten Energiekorridore weltweit. Nach Angaben der US-Energieinformationsbehörde (EIA) führten über diesen Seeweg im Jahr 2024 und Anfang 2025 mehr als ein Viertel des weltweiten Ölhandels sowie etwa ein Fünftel des weltweiten LNG-Handels. Die Einschränkungen und Unsicherheiten bei der Durchfahrt haben weltweit zu steigenden Energiepreisen durch ein sich verknappendes Angebot von Öl und Gas auf den Weltmärkten geführt. Seit dem Beginn des Irakkrieges hat sich der Ölpreis um rund 30 Prozent, der Gaspreis um rund 60 Prozent und in Deutschland, bedingt durch den Merit-Order-Effekt, der Strompreis um bislang rund 11 Prozent erhöht.

Dies hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Produktionskosten in der deutschen Ernährungsindustrie. Viele Produktionsschritte, etwa Backprozesse, Trocknung, Kühlung oder thermische Sterilisation, benötigen große Mengen Energie. Im Hinblick darauf, dass Deutschland die höchsten Strompreise in der EU zu verzeichnen hat, beeinträchtigt diese Kostenentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Nahrungsmittelhersteller. Die von der Politik vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen bei den Energiekosten, durch die Reduktion der Stromsteuer und der Übertragungsnetzentgelte, der Abschaffung der Gasumlage und des vorgesehenen Industriestrompreises, können die intendierte Wirkung nicht entfalten.

Energieintensive Vor- und Verpackungsprodukte wie Glas, Metall, Papier oder Kunststoffe verteuern sich bei steigenden Energiepreisen ebenfalls. Gleichzeitig verteuern steigende Dieselpreise den Straßengüterverkehr – ein entscheidender Faktor für die innerdeutsche und europäische Distribution von Lebensmitteln.

Einschränkungen bei der Durchfahrt durch die Straße von Hormus und die infolgedessen geringeren Liefermengen können sich über Düngemittelmärkte auch auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken. Die UN-Organisation für Handel und Entwicklung schätzt, dass rund ein Drittel des weltweiten Düngemittelhandels auf dem Seeweg durch die Straße von Hormus verläuft. Höhere Gaspreise erhöhen die Produktionskosten für Stickstoffdünger, was wiederum die Produktionskosten auf Betriebsebene für Getreide, Ölsaaten und andere landwirtschaftliche Rohstoffe erhöhen kann, die als Vorleistungen in der Lebensmittelindustrie verwendet werden.

Die direkten und indirekten Einflüsse gestiegener Energiekosten belastet Unternehmen kurz- und mittelfristig zusätzlich. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen aus der Ernährungsindustrie sind hiervon besonders betroffen.

2. Störungen, Unsicherheiten und Kostenexplosion in der Logistik

Sicherheitsrisiken auf wichtigen Schifffahrtsrouten haben die großen Containerreedereien dazu veranlasst, ihre Routen anzupassen und teilweise den Weg über das Kap der Guten Hoffnung zu wählen, anstatt den Suezkanal zu nutzen. Dies führt zu verwaisten Häfen im Nahen und Mittleren Osten, längere Transportzeiten insbesondere zwischen Europa und Asien, veränderte Fahrpläne sowie zusätzlichen Frachtratezuschlägen. Auch für internationale Lebensmittellieferketten (Exporte und Importe) hat dies zu Folge: eine Abnahme der Zuverlässigkeit von Lieferungen, eine verlängerte Transportdauer, eine weltweit niedrigere Verfügbarkeit von Schiffscontainern sowie insbesondere steigende Logistikkosten.

Um Kosten für längere Transitzeiten und den erhöhten Treibstoffverbrauch auszugleichen, erheben Reedereien Notfall- und Treibstoffzuschläge von bis zu 4.000 US-Dollar pro Schiffscontainer. Auch Versicherer verlangen um bis zu 50 Prozent erhöhte Prämien als Kriegsrisikoversicherung bzw. haben z.T. die Deckung für Fahrten durch gefährdete Gebiete komplett eingestellt.

All dies hat stark gestiegene Zusatzkosten im internationalen Transport von Agrarprodukten sowie verarbeiteten Lebensmitteln und Getränken zur Folge.

3. Gestörte Lieferketten im internationalen Handel mit Agrarrohstoffen und Lebensmitteln

Rund 1/5 der durch die Ernährungsindustrie verarbeiteten Agrarrohstoffe bezieht Deutschland aus dem außereuropäischen Ausland, da diese Produkte in Deutschland entweder aus klimatischen Gründen gar nicht oder nicht in ausreichender Menge angebaut werden können. Dazu gehören auch tropische Früchte, verarbeitetes Obst und Gemüse sowie Gewürze aus den Ländern des Nahen Ostens inklusive Israel und dem

Iran. Durch die Unterbrechung von Seewegen sind mittelfristig auch die Importe einiger für deutsche Produzenten relevante Agrarrohstoffe beeinträchtigt. Diese Fehlmengen müssen durch andere Produktionsländer ausgeglichen werden, was zu Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt führt.

Ebenso stellen diese Länder einen wichtigen Absatzmarkt für die deutsche und europäische Lebensmittel- und Getränkeindustrie sowie insbesondere die Vereinigten Arabischen Emirate einen wichtigen Transitmarkt nach Asien dar. Lebensmittel und Getränke „Made in Germany“, darunter Milchprodukte, Süßwaren, Getränke und verarbeitete Lebensmittel, werden in zahlreiche Länder der Region exportiert. Laut den Agrar- und Lebensmittelhandelsstatistiken der EU-Kommission beliefen sich die Agrar- und Lebensmittelexporte der EU in Länder des Nahen und Mittleren Ostens auf rund 18 Milliarden Euro. Allein Deutschland exportierte in 2025 verarbeitete Lebensmittel und Getränke im Wert von rund 1 Mrd. Euro in diese Region.

Dies unterstreicht die Bedeutung zuverlässiger Handelsrouten, die Europa und insbesondere Deutschland mit den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens sowie mit vielen Märkten in Asien verbinden.

Erforderliche Maßnahmen der Politik zur Stärkung der Ernährungsindustrie

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Produktion von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und Getränken in Deutschland zu erhalten, braucht es gezielte sowie schnelle wirtschaftspolitische Maßnahmen. Ohne diese Gegenmaßnahmen drohen steigende Produktionskosten, Investitionsrückgänge und eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ernährungsindustrie im internationalen Vergleich.

Hierzu braucht es eine vorausschauende gesetzliche Ermächtigungsgrundlage, die es der Bundesregierung ermöglicht, in Krisensituationen schnell und zielgerichtet durch Maßnahmen wie temporäre Preisdeckel, steuerliche Entlastungen oder direkte Zuschüsse auf Energie- und Kraftstoffpreise einzuwirken. Bestehende, überwiegend reaktive Instrumente sind entsprechend weiterzuentwickeln, um Preisspitzen wirksam und unmittelbar abfedern zu können.

Konkret sollte die Bundesregierung kurzfristige und langfristige Maßnahmen ergreifen, um die **Energie- und Produktionskosten zu stabilisieren**. Dazu gehören:

- Senkung staatlicher Preisbestandteile bei Energie
- Entlastungen bei Netzentgelten und Abgaben
- Wiedereinführung einer Energiepreisbremse (wie im Jahr 2023)
- Planungssicherheit für industrielle Energieversorgung
- Senkung der Preise für CO²-Zertifikate im Emissionshandel
- Förderung der betrieblichen Eigenversorgung mit Erneuerbarer Energie, insbesondere durch Unterstützung der Nutzung von Abfallstoffen für die Biogaserzeugung
- Reduzierung der deutschen LKW-Maut für Lebensmitteltransporte

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung, gemeinsam mit der EU, Maßnahmen ergreifen, um **internationale Lieferketten zu stabilisieren**. Dies sind z.B.:

- Unterstützung beim Aufbau alternativer Lieferketten
- Verbesserung logistischer Infrastruktur im EU-Binnenmarkt
- Schließung internationaler Handelsabkommen zur Stabilisierung von internationalem Handel mit Agrarrohstoffen und verarbeiteten Lebensmitteln und Getränken

In Zeiten geopolitischer Krisen benötigen Unternehmen **Planungssicherheit und flexible Rahmenbedingungen**. Die Ernährungsindustrie fordert daher:

- Abbau bürokratischer Dokumentationspflichten (z.B. durch eine Angleichung der Berichtspflichten und Anwendungsbereiche in der Umsetzung des deutschen LKSG an EU Vorgaben)
- Verzicht auf zusätzliche steuerliche Belastungen
- Investitionsanreize für energieeffiziente Produktionsanlagen

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Olivier Kölsch
Geschäftsführer
Tel. +49 30 200786-157
E-Mail: koelsch@ernaehrungsindustrie.de